

# VMimpulse

Ausgabe 5

Informationen zur Verwaltungsmodernisierung

November 2002

## IM testet neue Gleitzeitregelung

Kernarbeitszeit aufgehoben – Arzttaste abgeschafft

Zur Sache

### Gegenwind

*Kaum eine Neuerung kann ohne Widerstände umgesetzt werden. So auch die neue Gleitzeitregelung im Innenministerium NRW. Zu heftigen Diskussionen führte der Wegfall der Arzttaste. Auch die Einführung der Gleitzeitregelung ohne vorherige breite Diskussion im Hause wurde mit Unmut zur Kenntnis genommen. Außenstehende andererseits reiben sich ungläubig die Augen. Freie Einteilung der Arbeitszeit, Überstunden, die wie Urlaub genommen werden können. Wer will an diesen Regelungen ernsthaft etwas kritisieren? Und die Arzttaste kennt sonst niemand. Diskutiert wird leidenschaftlich, teilweise unsachlich. Erst in einigen Monaten wird man unvoreingenommen über die neuen Regeln diskutieren können. Vielleicht sind dann die Kritiker von heute die größten Befürworter. Ich jedenfalls finde die neuen Regeln fair und sehr gut.*

Jürgen Lubitz

*Seit dem 16. September 2002 gelten im Innenministerium neue Arbeitszeitregelungen. Die wichtigsten Änderungen: Die Kernzeit ist abgeschafft. Überstunden werden grundsätzlich nicht mehr am Monatsende gekappt. Weil die Arbeitszeit frei zwischen 7 Uhr und 19.30 Uhr eingeteilt werden kann, fällt die Arzttaste weg. Arztbesuche sind somit im Regelfall reine Privatsache.*

Innenminister Dr. Fritz Behrens und der Personalratsvorsitzende Dieter Becker unterschrieben Anfang September die neue Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit (GLAZ). Die zunächst als Versuch bis zum 29. Februar 2004 angelegte neue GLAZ-Regelung, die der Staatskanzlei vergleichbar ist, soll den Beschäftigten die Möglichkeit geben, ihre Arbeitszeit in Absprache mit den Referatskolleginnen und Referatskollegen freier einzuteilen. Die Neuregelung setzt nach Einschätzung des Personalrates ein hohes Maß an Eigenverantwortung voraus, um den besonderen Anforderungen des Dienstbetriebes Rechnung zu tragen:

„Zeitmanagement und Intensivierung des Gesprächs zwischen Kolleginnen und Kollegen und ihren Vorgesetzten müssen zukünftig das Arbeitszeitverhalten prägen“, heißt es in der offiziellen Stellungnahme des Personalrates zu der neuen Regelung. Zwar gab es schon aufgrund der vorigen Arbeitszeitregelung keine Kappungsgrenze für Überstunden, doch durfte man nur allenfalls zwei ganze oder vier halbe Arbeitstage im Monat gleiten, was den Abbau hoher Überstundenzahlen massiv erschwerte. Die neue Regelung ermöglicht nunmehr, sich in arbeitsintensiven Zeiten ein Überstundenpolster für besondere Lebenslagen wie Ferien der Kinder, große Reisen und ähnliches zuzulegen. Formal sind ganze GLAZ-Tage künftig Urlaubstagen gleichgestellt. Sie müssen auf der Urlaubskarte angemeldet werden, dafür gibt es auch Schadenersatz, wenn der Tag dann plötzlich aus dienstlichen Gründen

*Startschuss für die neue GLAZ-Regelung: Innenminister Fritz Behrens und Personalratsvorsitzender Dieter Becker.*



gestrichen wird. Neue Wege hat das Ministerium nun auch im Umgang mit dem ärgerlichen Thema „Kappung von Dienstreisezeiten außerhalb der Kernarbeitszeit“ beschritten. Künftig wird immer die gesamte Reisezeit angerechnet. Dies gilt auch für „Überstunden“ während einer Fortbildung. Gerade Teilzeitkräften kommt diese Regelung sehr entgegen. Keine Regelung ohne Wermutstropfen: Der Besuch beim Arzt ist künftig Privatsache. Bisher

konnten die Kolleginnen und Kollegen, die morgens, nachmittags oder zwischendurch zum Arzt mussten, dies durch Drücken einer speziellen Arzttaste an der GLAZ-Uhr anmelden. Damit galt die Zeit beim Arzt als Arbeitszeit. In Zukunft wird nur noch in begründeten, besonders gelagerten Einzelfällen auf Antrag bei der Personalabteilung der Gang zum Arzt noch als Arbeitszeit angerechnet. Klare Regeln sind bisher dazu noch nicht aufgestellt worden, so dass erst die Praxis zeigen wird, wieweit die Offenbarungspflicht und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu verträglichen Lösungen führen wird. Über die Erfahrungen mit der neuen Arbeitszeitregelung wird VMimpulse berichten.

## Forum für Führungskräfte in Herne

VM-Symposium „Systematische Verbesserungen – Verbesserungen systematisieren“

*Keine vier Wochen bis zum diesjährigen Symposium zur Verwaltungsmodernisierung in der Fortbildungsakademie Herne. Am 29.11.2002 treffen sich etwa 200 Führungskräfte aus Nordrhein-Westfalen, um sich über den Fortgang der Verwaltungsmodernisierung zu informieren und Erfahrungen auszutauschen. Der Countdown läuft.*

VMimpulse hat den Rednern in die Karten geguckt, was sie zum Thema „Systematische Verbesserungen – Verbesserungen systematisieren“ sagen wollen. Innenminister Dr. Fritz Behrens wird in das Thema einführen und über einige herausragende Maßnahmen, die in diesem Jahr angestoßen worden sind, berichten. Die Gesamtleiterin der Deutschen Gesellschaft für Personal-

wesen, Ina Voigt, beschäftigt sich mit systematischer Personalentwicklung. Ihr liegt eine gezieltere, an den strategischen Zielen der Organisation orientierte Fortbildungskonzeption besonders für Führungskräfte am Herzen. Einen kritischen Blick auf das Instrument der Mitarbeiterbefragung wirft der Personalratsvorsitzende des Finanzministeriums, Helmut Rubin, der als Gruppenleiter selbst Führungskraft ist.

Er untersucht das Spannungsverhältnis zwischen der autorisierten vom Gesamtinteresse der vertretenen Beschäftigten geprägten Willensbildung durch die Personalvertretung und einer möglicherweise von außen bestimmten Interessenlage der Hausleitung. Verheerende Meldungen über die Haushaltslage in Bund und Land sind an der Tagesordnung. Dennoch soll in den Behörden bei zunehmender Belastung effizient gearbeitet werden. Führungskräfte

müssen deshalb ihre Mitarbeiter motivieren können. Wie? Das erläutert Psychologe Prof. Hanns-Eberhard Meixner. Er fordert bei der Motivationsdiskussion mehr Ehrlichkeit: „Wer den Haushalt konsolidiert, sollte nicht von Verwaltungsmodernisierung sprechen.“ Dass die Beschreibung von Schlüsselprozessen und damit die Festlegung von Arbeitsabläufen ein wichtiges Element ist, um die Zusammenarbeit zu erleichtern und Reibungsverluste zu verhindern, wird schließlich der Staatssekretär des Innenministeriums Wolfgang Riotte erläutern. Interessante Themen, die hoffentlich in eine lebhaftere Abschlussdiskussion münden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.im.nrw.de/moderne-verwaltung](http://www.im.nrw.de/moderne-verwaltung).



*„Neugierig sein. Dem Blick in die Zukunft die Tür öffnen.“*

Überblick

### Neues Konzept für Gemeindeprüfung

Die neue Gemeindeprüfungsanstalt in Herne nimmt am 1. Januar 2003 ihren Betrieb auf.

Seite 2

### IM informiert über Doppik-Projekt

In fünf Veranstaltungen berichtete das IM über die Fortschritte in den sieben Modellkommunen.

Seite 3

### Messe stellt Ergebnisse vor

„Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ und PVM präsentieren sich auf der Messe „Moderner Staat“.

Seite 4

# Der Rohbau für die Gemeindeprüfung

## 6. Speyerer Qualitätswettbewerb

### Hochschule kürt Preisträger in sieben Themenbereichen

Zum sechsten Mal findet dieses Jahr der Speyerer Qualitätswettbewerb statt. Verwaltungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sind aufgerufen, ihre Leistungsfähigkeit miteinander zu messen. Die sieben Themenfelder, in denen Verwaltungen sich bewerben können sind: Strategisches Management, Politik und Verwaltung, Bürgerorientierung, Public Private Partnership, Electronic Government, Personalmanagement und Wissensmanagement. VMimpulse hat bereits in der April-Ausgabe hierüber berichtet.



Zum ersten Mal wird der Wettbewerb dabei neben der österreichischen Bundesregierung auch von der deutschen Bundesregierung und der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften unterstützt. Bis zum Ende der Bewerbungsfrist am 1. August 2002 hatten sich 54 Verwaltungen dieser Herausforderung gestellt und ihre Bewerbungen eingeschickt. Am 31. Oktober nominiert der Beirat des Wettbewerbes die Preisträger. Der Kongress mit der Preisverleihung findet am 5. und 6. Dezember in Speyer statt. Er richtet sich an alle Interessierte, die sich in komprimierter Weise einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen der Verwaltungsmodernisierung verschaffen wollen. Nach der feierlichen Übergabe der Urkunden an die Preisträger werden die Arbeitsgruppenleiter einen Bericht über ihr Vorgehen und die Entscheidungen für die Preisvergabe abgeben. Zudem wird Ministerialdirektor Klaus-Henning Rosen vom Bundesministerium des Innern einen Vortrag zur „Verwaltungsmodernisierung in Europa am Beispiel der Weiterentwicklung des Common Assessment Framework (CAF)“ halten. Auf Interesse dürften auch die Ausführungen von Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit, stoßen, der über die „Bundesagentur für Arbeit – von der Behörde zum modernen Dienstleister“ referieren wird. Weitere Auskünfte und Anmeldung: Speyerer Qualitätswettbewerb, Armin Liebig/Vera Silke Saatweber, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer, Tel. (06232)654-266/288. Das aktuelle Programm finden Sie auch im Internet: [www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb](http://www.dhv-speyer.de/qualitaetswettbewerb).

Heinrichstraße 1 in 44623 Herne ist zurzeit noch eine Baustelle.

Aber 1. Januar 2003 hat hier die neue landesweit zuständige Gemeindeprüfungsanstalt ihren Sitz. Dann werden die bisher 36 regionalen Gemeindeprüfungsämter, fünf bei den Bezirksregierungen und 31 bei den Landräten, in der Anstalt zusammengefasst.

Zuvor stehen noch eine Fülle von organisatorischen Arbeiten auf dem Aufgabenzettel des Gründungsbeauftragten und zukünftigen Leiters der neuen Anstalt, Rainer Christian Beutel. Seit Oktober arbeitet der Coesfelder Bürgermeister an der Spitze eines kleinen Stabes in der Leitstelle Gemeindeprüfung im Innenministerium NRW seinen Aufgabenzettel ab. Neben organisatorischen Dingen wie der Anmietung eines Dienstgebäudes oder der Büroausstattung gehört hierzu natür-

## Partnerschaftliche Beratung soll zukünftig

lich auch die Auswahl von geeignetem Personal. Bis Ende 2003 sollen rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gemeindeprüfungsanstalt gewonnen werden. Diese sollen in Zukunft Gemeindeprüfung neu definieren. Unter dem Motto „Partnerschaft und Zukunftsorientierung“ will die Anstalt weg von der rückgewandten Rechtmäßigkeitsprüfung hin zur partnerschaftlichen Beratung der Kommunen. „Gemeindeprüfung hatte in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Gesichter – je nachdem wo sie stattgefunden hat. Zukünftig darf nicht mehr die retrospektive Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Vordergrund stehen“, sagt Beutel über seine Ziele. Die neuen Regelungen in der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung schaffen hierfür

die Voraussetzungen. Erstmals besteht für die Gemeindeprüfung in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, die Kommunen in Fragen der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung sowie in bautechnischen Fragen, die mit der Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung von baulichen Maßnahmen zusammenhängen, zu beraten. Abhängig vom Bedarf der Kommunen wird eine Beratungsabteilung aufgebaut. Über den Aufbau eines zentralen „Erkenntnis-Pools“ der z. B. mit Informationen aus vergleichenden Untersuchungen gespeist werden soll, hofft Beutel den Kommunen Hilfestellung geben zu können und über Benchmarking besonders kostenintensive Bereiche zu isolieren. Die gesammelten Erfahrungen können dafür genutzt werden, den Kommunen in Zeiten knapper Ressourcen verbesserte Steuerungsmöglichkeiten an die Hand zu geben.

Mit der Neuausrichtung wird auch die Akzeptanz der Gemeindeprüfung steigen. Ihren Finanzbedarf wird die Gemeindeprüfungsanstalt durch einen jährlichen Landeszuschuss sowie Gebühren und Entgelte für Prüfungen und Beratungen decken. Damit das neue Konzept für die Gemeindeprüfung in NRW funktioniert, muss die Personalauswahl sehr sorgfältig erfolgen. Die Beschäftigten werden die Visitenkarte für die neue Anstalt sein. Sie sollen in drei Bereichen eingesetzt werden. Zwei



Neu angemietet: Büroräume für die GPA unter dem Dach der Herner Sparkasse.

## Software liefert vielfältige Steuerungsinformationen zu rund 10.000 Kindertagesstätten im Land

### TAB regelt Zuschüsse

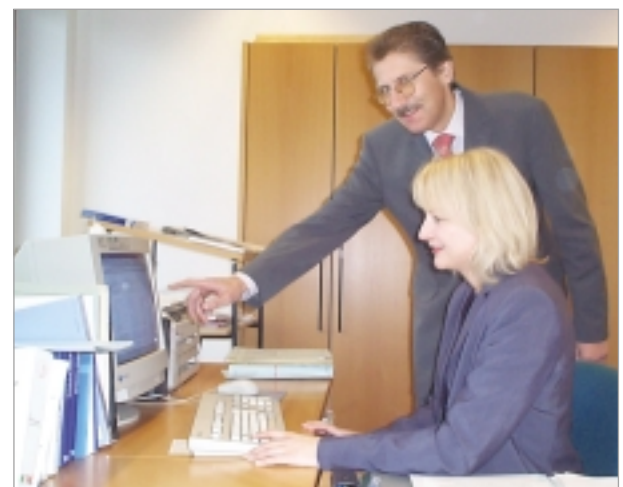
Die Zuschüsse des Landes und der Kommunen für Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen belaufen sich auf fast zwei Mrd. € im Jahr. Mit der 1999 verabschiedeten Novelle zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) wurde die Höhe der Landeszuschüsse an die Entwicklung der Personal- und Sachkosten bei den Einrichtungen gekoppelt, um eine effizientere Mittelverwendung zu erreichen und für die Träger der Einrichtungen Sparanreize zu schaffen. Für die Bewertung dieser Kostenentwicklung war eine präzise Datenerhebung über die Personal- und Sachkosten notwendig.

Das zuständige Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit beschloss den Aufbau eines Berichtswesens, das Informationen über möglichst alle der 10.000 Einrichtungen im Land liefern soll. Die Projektleiterin, Dr. Hildegard Kaluza, verweist auf die Komplexität des Projekts: „Die Herausforderung bestand vor allem darin, sowohl die unterschiedlichen Verwaltungsabläufe, als auch die divergierenden Interessen der Einrichtungen, Träger-

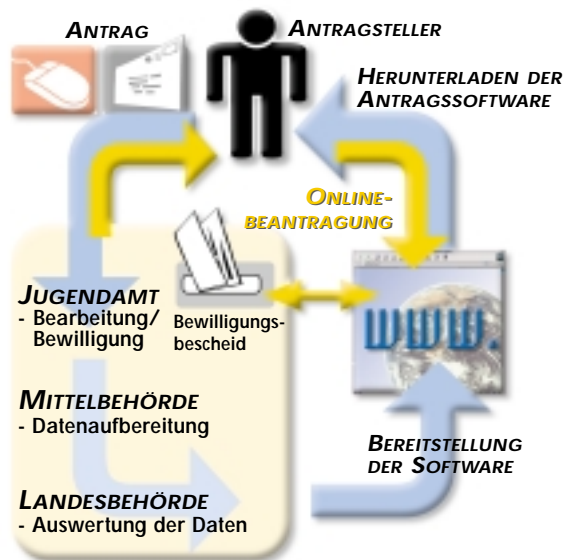
verbände und der Kommunen zu berücksichtigen.“ Um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten und gleichzeitig eine hohe Datengüte zu erzielen, wurde die Erhebung der erforderlichen Daten unmittelbar an die Bearbeitung der Anträge zu den Betriebskosten gekoppelt. Das Ministerium hat für diesen Zweck die Software TAB für die Antragsstellung, Bearbeitung und Bewilligung der Zuschüsse entwickeln lassen und den Trägern und den Jugendämtern zur Verfügung gestellt. Damit konnte sowohl eine hohe Akzeptanz bei den Beteiligten als auch die erforderliche Menge und Güte an Daten erreicht werden, so dass heute umfangreiche, solide Auswertungen als Entscheidungsgrundlage für die Fach- wie auch Finanzplanung zur Verfügung stehen. Die

automatisierte Kommunikation zwischen verschiedenen Ebenen, wie insbesondere den Trägern der Einrichtungen, den Jugendämtern und Landesjugendämtern hat durchaus Merkmale eines e-Government-Projektes. Das von der IOn AG entwickelte Verfahren TAB setzt bei der Entstehung der Daten an. Bereits die Anträge werden von den Trägern elektronisch erstellt. Das Programm prüft durch verschiedene

Dr. Hildegard Kaluza und Axel Witt demonstrieren, wie die elektronische Antragstellung funktioniert. Gleichzeitig werden dabei nützliche Daten erfasst.



#### TAB Berichtswesen im Schema



Verfahren die Plausibilität der Eingaben und berechnet auf der Basis des GTK die zu erwartenden Zuschüsse. Die so vorgeprüften Antragsdaten werden bei den Jugendämtern elektronisch eingereicht und dort in das TAB-Bearbeitungsprogramm eingespeist. Ein Workflow-System unterstützt die einzelnen Bearbeitungsschritte bis zur Erstellung des Bewilligungsbescheides. Den Jugendämtern liegen damit umfangreiche Daten über alle Kindergartenplätze und Gruppentypen vor. Ausgewählte Daten werden anonymisiert von den Jugendämtern an die beiden Landschaftsverbände weitergeleitet und um

weitere Informationen aus bestehenden Datenbanken ergänzt. Dieser Datenbestand wird anschließend in eine Datenbank des Ministeriums eingestellt. Mit Standardwerkzeugen kann bedarfsgerecht auch jahresübergreifend ausgewertet werden. Insbesondere kann die Entwicklung der Personal- und Sachkosten zeitnah abgebildet werden, womit dem Anliegen des GTK wirksam entsprochen wird. Ansprechpartner im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit in Nordrhein-Westfalen ist Dr. Hildegard Kaluza, Tel. 0211/855-3147 und bei der IOn AG Manfred Siller, Tel. 0211/924950.

# Prüfungsanstalt steht

im Vordergrund stehen

Drittel werden als Prüferinnen und Prüfer vor Ort eingesetzt. Zehn weitere sollen Beratung für Kommunen anbieten, der Rest wird im Innendienst die Organisation übernehmen. Das die neue Konzeption der Gemeindeprüfung attraktiv ist, zeigen allein die bislang rund 1.000 Bewerbungen. Ob das neue Konzept den gewünschten Erfolg bringt, wird die Zukunft zeigen. Der Grundstein für einen erfolgreichen Start ist jedenfalls gelegt. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter [www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de) in der Rubrik „Bürger und Kommunen“.



Falsches Bild von Prüfern: Bei der Gemeindeprüfung ist keine Erbsenzählerei gefragt.

## Gründungsbeauftragter der Gemeindeprüfungsanstalt



Rainer Christian Beutel wurde am 27. Juni 1953 in Dortmund geboren. Nach seinem 2. juristischen Staatsexamen war er von 1979 bis 1983 Leiter des Rechtsamtes und persönlicher Referent des Oberkreisdirektors Borken. Seine weiteren beruflichen Stationen waren von 1983 bis 1991 als 1. Beigeord-

netter und Stadtkämmerer sowie Stadtdirektor bei der Stadt Borken, 1992 als Vertriebschef Deutschland bei der Flender AG (Maschinenbau) und ab 1993 bei der Stadt Coesfeld, wo er 1999 zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt wurde. Seit Oktober 2002 ist er Gründungsbeauftragter der neuen landesweit zuständigen Gemeindeprüfungsanstalt in Herne, die ihren Betrieb ab 1.1.2003 aufnimmt.

## Leitfaden „Informationsfreiheitsgesetz“

Mit der Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes Nordrhein-Westfalen (IFG NRW) wurde dem wachsenden Bedürfnis nach Informationen und Transparenz der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen.

Der freie Zugang zu Informationen erhöht nicht nur die Nachvollziehbarkeit, sondern auch die Akzeptanz behördlicher Entscheidungen. Er dokumentiert das Prinzip einer offenen Verwaltung, die im Dienst der Bürgerinnen und Bürger steht. Ziel der Einführung eines Informationszugangsrechtes ist es darüber hinaus, die

Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das Handeln staatlicher Organe dadurch zu optimieren, dass ihnen eine verbesserte Argumentationsgrundlage an die Hand gegeben wird. Aber Wer hat ein Recht auf Informationen? Unter welchen Voraussetzungen besteht das Informationszugangsrecht? Was kostet der Informationszugang? Ausführliche Informationen mit einigen Praxisbeispielen bietet der neue „Leitfaden zum IFG NRW“, den das nordrhein-westfälische Innenministerium unter [www.im.nrw.de/aktuell](http://www.im.nrw.de/aktuell) im Internet zum Herunterladen bereitstellt.



Infos über das Gesetz zum Informationszugang bietet auch das Internet.

## Zertifizierung des LDS verlängert und ausgebaut

Vor drei Jahren wurde ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS NRW) eingeführt. Nun erfolgte die Verlängerung des Zertifikates mit gleichzeitiger Ausweitung des Geltungsbereiches.

Qualitätsmanagement (QM) ist durch die Normenfamilie ISO 9000 in Wirtschaft und Verwaltung zu einem bekannten Begriff geworden. Die Umsetzung der Forderungen dieser Normenfamilie soll die Wettbewerbsfähigkeit durch eine hohe Qualität der Produkte und ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis sichern. Viele Unternehmen stellen sich diesen Normen und lassen sich von Zertifizierungsunternehmen bestätigen, dass sie die Anforderungen eines Qualitätsmanagements erfüllen.

Um ihren Aufgaben als IT-Kompetenz- und Dienstleistungszentrum der Landesverwaltung NRW auch in Zukunft gerecht zu werden, hatte sich auch die Lan-

## Qualitätsmanagement-System in immer mehr Bereichen

desdatenverarbeitungszentrale (LDVZ) im LDS NRW bereits 1999 dazu entschlossen, ihr QM-System zu implementieren und nach DIN EN ISO 9001 zertifizieren zu lassen. Der Geltungsbe-

reich des QM-Systems sollte zunächst den Geschäftsprozess „Anwendungsbereitstellung“ umfassen und danach sukzessive auf die weiteren Geschäftsprozesse der LDVZ erweitert werden. Angestrebtes Ziel des Aufbaus und der Weiterentwicklung des QM-Systems sowie der Zertifizierung ist insbesondere die Entwicklung von Produkten in professioneller Qualität und die kontinuierliche und konsequente Verbesserung der Produktions- und Dienstleistungsprozesse im Hinblick auf Funktionalität, Zuverlässigkeit, Benutzbarkeit, Änderbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

Nachdem das QM-System eingeführt worden war,

Ein Zertifikat bescheinigt, dass die Anforderungen eines Qualitätsmanagements erfüllt werden.



## Modellprojekt

### IM NRW informiert zur neuen Buchführung

Gemeinsam mit den „Modellkommunen“ Brühl, Dortmund, Düsseldorf, Hiddenhausen, Moers, Münster sowie dem Kreis Gütersloh hat das Innenministerium im September in fünf Veranstaltungen in den Regierungsbezirken alle Kommunen im Land über den Stand der Arbeit und das weitere Vorgehen im „Modellprojekt zur Einführung eines doppischen Kommunalhaushaltes in NRW“ informiert.



Minister Behrens informierte über das Doppik-Projekt.

Das Projekt wurde 1999 durch das Innenministerium initiiert. Zunächst erarbeiteten fünf der Modellkommunen ein Konzept für ein neues kommunales Haushaltsrecht auf Basis der kaufmännischen Buchführung. Dieses Konzept wird bis Mitte 2003 von den – mittlerweile auf sieben erweiterten – Modellkommunen in der Praxis erprobt. Damit ist das Modellprojekt in seine entscheidende Phase getreten. Innenminister Dr. Behrens will die Kommunen mit einem modernen, kaufmännischen Haushaltsrecht so schnell wie möglich fit für die Zukunft machen. Er sagte: „Unsere Kommunen wollen und brauchen die Reform. Es spricht heute nichts mehr dafür, länger zu zögern“.

Sobald der derzeitige Praxistest beendet sein wird, soll das Gesetzgebungsverfahren im Jahr 2004 durchgeführt werden. Nach einer Übergangszeit von drei Jahren soll dann die flächendeckende Einführung im Land bis zum Jahr 2008 erfolgt sein.

Die Kommunen in NRW wären dann wohl die ersten in Deutschland, die ihre Haushalte nach kaufmännischen Grundsätzen aufstellen. Diese Vorstellung stimme ihn „nicht übermäßig traurig“, bekannte der Innenminister in den Bezirken. Er appellierte an alle Städte, Gemeinden und Kreise des Landes, bereits jetzt vorbereitende Maßnahmen zu treffen: „Insbesondere die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen sowie die Inventarisierung und Bewertung des Vermögens sind nach meiner Einschätzung zeit- und arbeitsaufwändig. Es könnte sich daher als fataler Fehler erweisen, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mit den vorbereitenden Maßnahmen zu warten.“ Die Info-Veranstaltungen wurden von den Kommunen sehr positiv aufgenommen. Mittlerweile zeigen immer mehr Kommunen auch außerhalb des Modellprojekts Interesse an einer Erprobung des Konzepts. Manche von ihnen haben auch schon eigene Pilotprojekte. Eine im Frühjahr 2002 durchgeführte Umfrage bei den Kommunen im Land ergab überwiegend positive Ergebnisse für die Reform. Dies alles zeigt, dass die Kommunen die Reform des Gemeindehaushaltsrechts nicht nur brauchen, sondern auch wollen.

schäftsprozess „IT-Infrastruktur“ in das QM-System einbezogen und im Jahr 2003 zertifiziert werden. Eine unabdingbare Voraussetzung sowohl bei der Einführung als auch bei der Weiterentwicklung eines QM-Systems ist eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten durch:

- Transparente Darstellung der Managemententscheidung;
- Mitwirkung der Beschäftigten bei der Entwicklung und Festlegung der Maßnahmen;
- Offene Informationspolitik;
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit in Teams.

Nur dadurch sind eine entsprechende Identifikation, Akzeptanz und Motivation bei den Beschäftigten zu erreichen. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist bereits heute in der LDVZ sichtbar.

Informationen zum Thema erhalten Sie beim Qualitätsmanagementbeauftragten der LDVZ im LDS NRW Dr. Joachim Möhring unter Tel. 0211/94 49 34 92 oder per E-Mail [moehring@lds.nrw.de](mailto:moehring@lds.nrw.de).

wurde im Sommer 1999 das Zertifikat ausgestellt. Seither gehört auch das LDS NRW zu den Institutionen der Landesverwaltung, die ein nach der DIN EN ISO 9001 zertifiziertes QM-System betreiben. Weiterhin verfügt das LDS nun auch im Fachbereich Qualitätswesen über qualifiziertes Personal, das beim Aufbau eines QM-Systems in der Landesverwaltung und dessen Zertifizierung beraten kann.

Als nächster Geschäftsprozess wurde die „IT-Aus- und Fortbildung“ in das QM-System eingebunden und im Jahr 2000 ebenfalls zertifiziert. Im Jahr 2002 erfolgte die Ausweitung des QM-Systems auf die Geschäftsprozesse „IT-Produktion“ und „IT-Beschaffung“. Im Rahmen der wegen Ablauf des nur jeweils für drei Jahre gültigen Zertifikates notwendig gewordenen Neu-Zertifizierung wurden die beiden genannten Geschäftsprozesse ebenfalls zertifiziert. In einem weiteren Schritt soll der Ge-

# Moving – Verwaltung bewegt

„Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ präsentiert sich auf der Messe „Moderner Staat 2002“

„Moving – Verwaltung bewegt!“ – so lautete das Motto einer Tagesmesse in Bochum, mit der die Stadt den Dialog zwischen den ortsansässigen mittelständischen Unternehmen und den Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung außerhalb der Amtsstuben suchte. In einem Fitness-Studio in der Innenstadt nutzten über 90 Unternehmen die Möglichkeit, mit der Verwaltung, aber auch untereinander ins Gespräch zu kommen.

Die Messe ist nur eine von mehr als 20

Sofortmaßnahmen, die von zwölf Modellkommunen im Rahmen des Projekts „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ seit März 2002 umgesetzt werden. Die aktuellen Ergebnisse des Projekts präsentiert das Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr NRW am 26. bis 27. November 2002 in Berlin auf der vom Bundesinnenministerium initiierten Messe „Moderner Staat“. Die Spanne der von den Modellkommunen entwickelten Sofortmaßnahmen reicht von der Einführung eines Handwerkerparkausweises im Kreis Neuss bis hin zur „Cas-Card“ in Castrop-Rauxel, mit der Neuunternehmern der „rote Teppich ausgerollt wird“. Der Handwerkerparkausweis für den gesamten Kreis Neuss soll Handwerkern zeitaufwendige Behördengänge

**move**  
Mittelstandsfreundliche Verwaltung : NRW

Paul Aschenbrenner, Wirtschaftsdezernent der Stadt Bochum, auf der Messe „Moving – Verwaltung bewegt“ im Dialog mit Vertretern von über 90 Unternehmen.

ersparen. Sie müssen künftig nicht mehr in jeder einzelnen Kommune eine Parkgenehmigung beantragen, sondern erhalten mit einem Antrag bei einer Kommune eine Parkgenehmigung für alle Kommunen im Kreis. In Castrop-Rauxel bekommen Unternehmer, die sich dort neu ansiedeln mit der „Cas-Card“ ein besonderes Begrüßungsgeschenk: Sie erhalten die Rufnummer, unter der sie die Verwaltung auch nach Dienstschluss erreichen sowie Gutscheine für kostenlose Service-Angebote von ortsansässigen Unternehmen. Grundlage der Maßnahmen ist eine repräsentative Befragung



kleiner und mittlerer Unternehmen, die zu Beginn des Projektes in jeder Kommune durchgeführt wurde. Auf Basis der Ergebnisse wurde für jede Kommune ein Stärken-Schwäche-Profil erstellt. Hieraus wurden Sofortmaßnahmen und ein längerfristiges Arbeitsprogramm unter Einbeziehung der Unternehmen vor Ort entwickelt. Entscheidend für den Erfolg des

Projekts ist, inwieweit es gelingt, den Anspruch eines ganzheitlichen Ansatzes von mittelstandsorientiertem Verwaltungshandeln in die Praxis umzusetzen. Dieser Ansatz umfasst die Einbeziehung aller relevanten Verwaltungsbereiche und eine Festlegung der damit verbundenen Prioritäten und Verantwortlichkeiten.

Die Erfahrungen und Ergebnisse des Gesamtprojektes werden allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Dies erfolgt über Veranstaltungen und die Veröffentlichung der Umsetzungsverfahren einzelner Maßnahmen in einem „Handlungsleitfaden Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“. Die beiden ersten Beiträge „Kommune und Mittelstand“ sowie „Kommunale Unternehmensbefragung“ finden Sie unter [www.move.nrw.de](http://www.move.nrw.de).

## Mont-Cenis

### Neues Programm für 2003

Die Fortbildungsakademie Herne hat ihr neues Programm 2003 veröffentlicht. Es liegt ab sofort allen Landesbehörden vor.



Im neuen Programm 2003 wurde der Themenkomplex „Verhandeln“ um neue Konzepte wie „Harvard“-Methodik oder „Mediation in der Verwaltung“ ausgeweitet. Zudem wurden im Fachbereich „Gleichstellung von Frau und Mann“ Entwicklungen wie „Gender mainstreaming“ integriert.

### Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“

Die „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ ist ein Projekt der Mittelstands-Offensive NRW move des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Projektstart war im Juli 2001. Es hat eine Laufzeit von drei Jahren. Weitere Informationen über das Projekt und über die beteiligten Kommunen finden Sie unter: [www.move.nrw.de](http://www.move.nrw.de). Ansprechpartnerin im MWMEV: Dr. Gabriele Werner, Tel.: 0211/837-2346 Fax: 0211/837-4107, E-Mail: [Gabriele.Werner@mwmev.nrw.de](mailto:Gabriele.Werner@mwmev.nrw.de)

## IM NRW auf der Messe „Moderner Staat“

Vom 26. bis 27. November 2002 findet auf dem Messegelände Berlin die 6. Fachmesse und Kongress „Moderner Staat“ statt. Prozessmanagement Verwaltungsmodernisierung (PVM) aus dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen ist am Stand 2 in der Halle 8.2/33 im

Sonderforum „Verwaltungen der Zukunft“ zu finden. Neben den Informationen am Stand wird der

**MODERNER STAAT**

Leiter von PVM, LMR Roland Schlapka, am 26. November zwischen 14.30 und 15 Uhr einen Kurzvortrag zum Thema „Prozessorientiertes Qualitätsmanagement“ halten. Dabei geht es um Ansätze zur Beschreibung und Optimierung von Schlüsselprozessen im Innenministerium.

## NRW Spitzenreiter bei e-Wahl

In 16 NRW-Kommunen wurde elektronisch gewählt

Erstmals haben die Bürgerinnen und Bürger bei einer Bundestagswahl in 16 Städten und Gemeinden Nord-

rhein-Westfalens mit Hilfe elektronischer Wahlgeräte ihre Stimmen abgegeben.

NRW stellte damit mehr als die Hälfte der bundesweit 29 Städte und Gemeinden, in denen per Computer gewählt wurde. „Die Wahl per Knopfdruck lief auf Anhieb erfolgreich, ohne dass es zu Pannen oder nennenswerten Schwierigkeiten kam“, lobte NRW-Innenminister Behrens die gelungene Premiere. „Die elektronische Wahl ist das Verfahren der Zukunft – es spart Zeit und Geld und ist für jeden verständlich.“ Das elektronische Wahlverfahren hat entscheidende Vorteile: So steht das Wahlergebnis – mit Aus-

nahme der Briefwahl-Ergebnisse – den Wahlvorständen unmittelbar nach Schluss der Stimmabgabe um 18 Uhr zur Verfügung. Die aufwändige Handauszählung entfällt. Außerdem geht der einzelne Wahlvorgang schneller. „Das macht die Durchführung von Wahlen auf Dauer billiger“, so der Minister. Die Kommunen werden in Zukunft voraussichtlich weniger Wahllokale einrichten müssen und brauchen deshalb auch weniger Wahlhelfer. Behrens: „Da einige Kommunen durchaus Probleme ha-



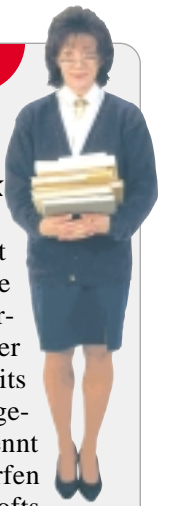
Die Wahl per Knopfdruck am Computer wurde bei der Bundestagswahl praktiziert.

ben, Wahlhelfer zu rekrutieren, ist auch dieser Aspekt eine Erleichterung für die Städte und Gemeinden.“ Weitere aktuelle Informationen zur Bundestagswahl enthält das Internetangebot des NRW-Innenministeriums unter [www.im.nrw.de/bundestagswahl2002](http://www.im.nrw.de/bundestagswahl2002).

## FundSache

### Zurzeit keinen Bock

Das Internet ist bekannt für seine schnellen Informationen. Aber jeder, der bereits im Internet gesucht hat, kennt das: Beim Surfen mit Microsofts Internet-Explorer erscheint eine Fehlerseite mit der Meldung: „Die Seite kann nicht angezeigt werden.“ Entweder hat man sich vertippt oder die Seite existiert überhaupt nicht. Passiert es häufiger, entsteht in der Regel Frust. Anders auf der Internetseite von Gordon Marshall. Bereits über 1,9 Millionen Besucher haben die Seite [www.diesseitehatzurzeitkeinenbock.de](http://www.diesseitehatzurzeitkeinenbock.de) aufgerufen, um zu erfahren, dass „Die Seite... zur Zeit überhaupt keinen Bock hat angegafft zu werden.“ Auf witzige Weise persifliert Marshall den Frust der Internet-Gemeinde, wenn wieder einmal die echte Meldung erscheint.



## VMimpulse

### Impressum

Herausgeber: Innenministerium NRW, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Tel: 0211/871-2247, Fax: 0211/871-3049  
E-Mail: [moderne-verwaltung@im.nrw.de](mailto:moderne-verwaltung@im.nrw.de)

Redaktion: J. Lubitz (verantwortl.), R. Junga

Infografik, Layout & Schlußredaktion: mediaDesign.Vollmer (S. Riese), Dortmund

Gesamtherstellung: Druckerei JVA Geldern, Geldern

Fotos: IO AG, Jürgen Lubitz, Klaus Präkelt, Stadt Coesfeld

Cartoon: Dirk Meissner

VMimpulse erscheint alle zwei Monate. Abdruck, auch teilweise, erlaubt.

Belegexemplar erbeten.

Gedruckt auf chlorfrei aufgearbeitetem Recycling-Papier.

